

IRAN

„Es geht um die Zukunft“

Der Religionsgelehrte Mahdi Karrubi, 71, Kandidat der Reformer bei der Präsidentschaftswahl am 12. Juni, über den Kampf gegen den Amtsinhaber

SPIEGEL: Von 475 Bewerbern sind nun endgültig nur 4 Kandidaten zur Wahl zugelassen, darunter Sie. Vor vier Jahren mussten Sie trotz Ihrer Bekanntheit als langjähriger Präsident des Parlaments schon im ersten Wahlgang ausscheiden. Warum treten Sie wieder an?

Karrubi: Es geht diesmal mehr denn je um die Zukunft. Weil mir das Schicksal Irans nicht gleichgültig ist, habe ich eine Art Partei gegründet, die schon bei der Parlamentswahl sehr aktiv war. Dafür habe ich viel Zuspruch aus der Bevölkerung erhalten.

SPIEGEL: Glauben Sie diesmal an den Sieg?

Karrubi: Jedenfalls kann der Präsident nicht davon ausgehen, dass er einfach wiedergewählt wird wie seine Vorgänger. Auch wenn ich nicht siege, wird es Mahmud Ahmadinedschad bestimmt nicht.

SPIEGEL: Nach Ihrer Niederlage haben Sie ungewohnt offen über „Unkorrektheiten“ geklagt. Wird die Wahl diesmal sauber?

Karrubi: Darauf gibt es keine klare Antwort. Damals hat der Wächterrat erst einige Kandidaten nicht zugelassen, dann haben wir bei der Wahl unsere Aufsichtspflicht vernachlässigt. Jetzt jedoch sind viele unserer Leute darauf vorbereitet, am Wahltag das Geschehen zu verfolgen, an den Urnen zu stehen und Auffälligkeiten zu melden.

SPIEGEL: In diesem Jahr kämpfen Sie und Ex-Premier Hossein Mussawi gegeneinander um die Stimmen aus dem Reformlager. Davon profitiert Ihr gemeinsamer Gegner.

Karrubi: Wichtig ist, dass Ahmadinedschad, der dem Land sehr geschadet hat, nicht wiedergewählt wird. Ich werde gute Beziehungen zu Europa pflegen und mit allen Kontakt suchen, außer mit Israel.

SPIEGEL: Sie würden also US-Präsident Barack Obama nach Teheran einladen?

Karrubi: Jede Seite sollte eine Hand ausstrecken.

SPIEGEL: Das gilt auch im Atomkonflikt?
Karrubi: Über unsere Nuklearpolitik entscheidet der Präsident nicht allein. Solch eine grundsätzliche Entscheidung kann nur der religiöse Führer Ajatollah Ali Chamenei treffen.



ATA KENARE / AFP

Karrubi



Zerstörte Häuser in Zchinwali

VIKTOR DRACHEV / AFP

KAUKASUS

Atmosphäre der Angst

In der abtrünnigen georgischen Provinz Südossetien, die Russland während des Krieges mit Georgien besetzt hatte, tobt ein Machtkampf dubioser Clans um die Gunst des Kreml. Bislang haben nur Russland und Nicaragua die Republik als Staat anerkannt. Der in der Landeshauptstadt Zchinwali autoritär regierende Präsident, Freistilringer und Ex-„Bisnesmen“ Eduard Kokoity will mit Hilfe einer Parlamentswahl am 31. Mai seine Macht verlängern – und verhindert, dass zwei Führer oppositioneller Parteien zur Abstimmung zugelassen werden. Kokoity und sein Polizeichef drohen, sie würden „Provokationen“ von Regimegegnern „im Keim erstickten“. Die womöglich nur noch 20 000 Bürger im Land klagen derweil über Massenarbeitslosigkeit, Lohnrückstände, die Schließung von Schulen und Kindergärten. Auch humanitäre Hilfe sei bei den Notleidenden nicht angekommen.

Beim Angriff Georgiens auf Zchinwali waren im vergangenen August mehrere hundert Häuser schwer beschädigt worden; wieder aufgebaut wurden sie bisher nicht. Kokoitys Regime habe sich mit Schlägertrupps „von einer Diktatur zu ei-

ner Tyrannei entwickelt“, es verbreite „eine Atmosphäre von Angst und Ausweglosigkeit“, so Aschar Kotschijew, südossetischer Ex-Generalstaatsanwalt, gegenüber dem SPIEGEL. Festnahmen ohne Gerichtsbeschluss und willkürlich verhängter Hausarrest seien noch die mildesten Maßnahmen gegen Unliebsame, sagt der Jurist. In der kleinen Republik hätten „Kriminelle die Macht übernommen“. Südossetien sei „ein rechtsfreier Raum, in dem man nicht offen seine Meinung sagen kann“, klagt auch Ex-Verteidigungsminister Anatolij Barankjewitsch. Jetzt drohe eine soziale Explosion und ein Blutbad, denn unter den von der Regierung Enttäuschten befänden sich viele bewaffnete Hitzköpfe. Die Kokoity-Gegner wollen die Wahl boykottieren und setzen auf Unterstützung aus dem Kreml. Doch auch die Opposition gibt kaum Anlass

zur Hoffnung, dass in Russlands Beuteprovinz rechtsstaatliche Verhältnisse einkehren. Als Strippenzieher der Regierungsgegner gilt ein zweifelhafter Geschäftsmann, der im Auftrag des russischen Energiegiganten Gazprom Südossetien mit russischem Erdgas versorgen soll.



DMITRY ASTAKHOV / ITAR-TASS

Präsidenten Medwedew, Kokoity